

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ralf Stadler

Abg. Alexander Flierl

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Hans Friedl

Abg. Annette Karl

Abg. Christoph Skutella

Staatssekretär Roland Weigert

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

CO₂-Abgabe während der Wirtschaftskrise aussetzen (Drs. 18/22568)

Ich bitte noch einmal um Disziplin, eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Stadler von der AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kollegen! Die spaßige Einlage der FREIEN WÄHLER ist jetzt vorbei. Es gibt auch ernste Themen. – Die CO₂-Abgabe ist eine Lenkungssteuer, die unsere Bürger und die Wirtschaft dazu bringen soll, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Ob das funktioniert, ist das eine. Es ist auch nicht ersichtlich, ob die Einnahmen aus der Klimaschutzabgabe ausschließlich zweckgebunden für den Umweltschutz verwendet werden bzw. den Bürgern als Klimageld wieder zufließen. Dann klingt der Vorschlag der SPD, den Bürgern ein jährliches Klimageld von 50 Euro pro Kopf zukommen zu lassen, wie blanker Hohn.

Es ist im Gegenteil nicht auszuschließen, dass ein erheblicher Anteil der Einnahmen dem allgemeinen Haushalt zufließt und für andere Zwecke verwendet wird. Werden damit Waffen für den Ukraine-Krieg gekauft? Wird China mit Entwicklungshilfe unterstützt und kauft dann unsere Hightech-Firmen auf? Der Bundeskanzler Scholz hat Indien 10 Milliarden Euro für Klimaschutzprojekte zugesagt. Kommt dieses Geld auch von der CO₂-Abgabe? Das wäre dann zweckgebunden, obwohl diese Gelder eigentlich für unsere Bürger gedacht wären. Doch was macht Indien mit unserem Geld? – Indien packt die Gelegenheit beim Schopf und ordert nun erhöhte Mengen an Öl, die es von Russland mit einem Rabatt von bis zu 40 Dollar pro Barrel erhält. Indien kauft mit unserer Unterstützung also verbilligtes Öl bei Putin, unterläuft die Sanktionen und verbrennt damit auch noch fossile Brennstoffe zum Ramschpreis.

Das ist doch reiner Wahnsinn, Leute! Wie wollen Sie das unseren Bürgern noch erklären? Die kommen sich da doch komplett verarscht vor! Es ist einfach so. Die müssen nämlich diesen Irrsinn an der Tankstelle oder beim Heizöl bezahlen.

Die CO₂-Bepreisung in Deutschland soll in den folgenden Jahren noch schrittweise ansteigen und bis 2025 einen Wert von 55 Euro pro Tonne erreichen. Das entspricht 16 Cent pro Liter Benzin und 17 Cent pro Liter beim Heizöl. Solange nicht widerlegt ist, dass dieses Geld nicht in den allgemeinen Haushalt fließt und damit auch Waffen für den Ukraine-Krieg bezahlt werden, könnte man auch von einer Kriegssteuer sprechen. Die grüne Vorsitzende hat das wohl auch so gemeint. Wie war das noch mit der Sektsteuer, mit der damals die Kriegsflotte finanziert wurde? – Die gibt es immer noch.

Die schamlose Täuschung der Bürger zerstört nicht nur das Vertrauen in den Staat, wie man bei den Wahlen in Schleswig-Holstein gesehen hat. 40 % der Stimmberechtigten resignierten und blieben zu Hause. Dieser Betrug an den Bürgern führt zweifellos zu sozialen Spannungen, da ein Anstieg der Preise vor allem einkommensschwache Haushalte trifft. Tatsächlich bezahlen die Bürger die CO₂-Bepreisung doppelt und dreifach, und zwar mit der CO₂-Abgabe, mit der Kfz-Steuer und obendrauf auch noch mit der Mehrwertsteuer.

Warum gibt es in Indien eigentlich keine CO₂-Abgabe? – Weil man dort die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern will und weil die gutgläubigen Deutschen eh die CO₂-Abgaben mitbezahlen. So schaut es aus. Sogar die USA, die am meisten Kohlendioxid rausblasen, wollen keine CO₂-Bepreisung. Die US-Regierung setzt in ihrem Klimapaket nämlich auf finanzielle Anreize, um die Unternehmen zu klimafreundlichem Verhalten zu bewegen. Die schauen halt noch auf ihre Wirtschaft und ihre Leute.

Doch auch unseren Unternehmen drohen Belastungen. Betroffen sind vor allem Zweige mit einem hohen Energieverbrauch und entsprechend hohen CO₂-Emissionen. Das trifft etwa auf Produzenten von Stahl, Aluminium und Kupfer zu. Deshalb drohen Einkommenseinbußen und der Verlust von Arbeitsplätzen. Im schlimmsten Fall droht

sogar ein sogenanntes Carbon Leakage. Das heißt, dass Unternehmen in ein anderes Land umsiedeln. Die Ursache dafür ist die einseitige Einführung einer CO₂-Abgabe im Inland. Die wandern dann nach Indien oder China ab. Damit schließt sich der Kreis wieder. Hören Sie bitte endlich auf, die Bürger für dumm zu verkaufen, und verwenden Sie die Abgaben für unseren Umweltschutz oder lassen Sie es am besten gleich bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Flierl für die CSU-Fraktion.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wie üblich bei den AfD-Anträgen: Der Antrag selbst, aber auch der Vortrag sind völlig daneben. Überschrift, Antrag, Begründung und auch der Vortrag passen einfach nicht zusammen. Hier werden wieder krude Thesen aufgestellt und sogar Verschwörungsmymen neu begründet. Man stellt sich die Frage, was Sie mit Ihrem Antrag und Ihrem Vortrag bezwecken wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Wollen Sie die CO₂-Bepreisung vorübergehend aussetzen? Wollen Sie eine ordnungsgemäße Mittelverwendung sicherstellen? Wollen Sie die Energiekosten reduzieren? Oder wollen Sie nur wieder Ihre verquerten Theorien streuen? – Man weiß es, wie bei Ihnen üblich, nicht. Deswegen alleine ist Ihr Antrag schon abzulehnen.

Eigentlich sollten wir bei der gesamten Thematik eher darüber sprechen, wie wir die aktuelle Entwicklung des Preisniveaus bei den Energieträgern beurteilen und wie wir dieses nicht wegzudiskutierende erhebliche Problem für die Wirtschaft und auch die Privatverbraucher lösen. Da brauchen wir einen breiteren Ansatz als den, den Sie wählen. Da braucht man eine Vielzahl von Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Energiepreise für unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin bezahlbar bleiben. Da ist

ein erster Schritt schon getan mit dem Wegfall der EEG-Umlage ab dem 01.07. dieses Jahres. Aber es ist notwendig und erforderlich, dass wir auch die Strom- und Erdgassteuer senken, die Übertragungsnetzentgelte senken und einen ermäßigten Umsatzsteuersatz diskutieren. Hier müssen wir ansetzen. Das ist der richtige Weg.

Aber Ihr AfD-Antrag führt uns hier nicht weiter. Er ist darüber hinaus auch noch fachlich falsch; denn die Sach- und Rechtslage ist eindeutig. Tatsache ist – das übersehen Sie von der AfD –, dass die Erlöse aus der CO₂-Bepreisung zweckgebunden eingesetzt werden müssen, dass eben der Energie- und Klimafonds des Bundes ein Sondervermögen darstellt, mit dem dann diverse Maßnahmen gefördert werden können im Bereich der Energiespeicher, der Energieeffizienz, der energetischen Gebäudesanierung, aber eben auch der Elektromobilität. Damit leisten diese Einnahmen einen wichtigen Beitrag, um von den fossilen Energieträgern unabhängiger zu werden und davon wegzukommen. Darüber hinaus werden auch Investitionen von Bürgern, Unternehmen und Kommunen in diesem Bereich unterstützt. Die AfD verkennt dies in Ihrem Antrag. Daher werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Klaus Stöttner (CSU): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Geht's?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ja.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Flierl, Sie sehen das aus einem verkehrten Blickwinkel. Sie haben schon die Überschrift von unserem Antrag gar nicht richtig definiert. Und überhaupt: Wie wollen Sie das den Bürgern gegenüber glaubhaft überbringen? Die zahlen sich dumm und dämlich in dem Glauben, dass sie das Klima retten, während die Regierung genau das Gegenteil macht. Die Leute nehmen ihr Ersparnis her und schauen, dass sie ein Elektroauto bekommen und sparen damit circa 20 %

CO₂. Die Bauherren wissen hinten und vorne nicht mehr, wie sie das Geld herbringen sollen. Und was macht unsere Regierung? – Die macht genau das Gegenteil von Einsparung des CO₂-Ausstoßes, alleine durch die Migrationspolitik.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Schauen Sie einmal nach. Ich gebe jetzt keine Zahlen bekannt. Schauen Sie einmal nach, was ein Mensch im Jahr an CO₂ ausstößt und wie viele Millionen Migranten Deutschland schon reingeholt hat. Wie sollen wir das Klimaziel jemals erreichen? Wie soll das der Bürger normal kompensieren? – Das ist unmöglich. Das geht gar nicht. Rechnen Sie es mal nach!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. Herr Flierl, bitte sehr.

Ralf Stadler (AfD): Passt!

Alexander Flierl (CSU): Ich glaube, es ist schwierig, auf diese absurden, völlig neben der Sache liegenden Ausführungen eine Antwort zu geben, weil Sie nämlich einen Blickwinkel einnehmen, der überhaupt nicht geteilt werden kann und der wirklich neben der Sache liegt, der völlig daneben ist. Wir wollen mit der CO₂-Bepreisung Erlöse sicherstellen, um Investitionen zu fördern und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Das ist das Gebot der Stunde und nicht der Unfug, den Sie hier über Migration und die Unterstützung von Waffenkäufen verzapfen.

(Beifall bei der CSU – Klaus Stöttner (CSU): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist die Zeit zu schade, um auf so einen Schmarrn zu antworten. Ich möchte aber trotzdem drei bis vier Sätze sagen: Die AfD fordert in ihrem

Dringlichkeitsantrag, dass die Erhebung der CO₂-Abgabe ausgesetzt wird, bis garantiert ist, dass diese Einnahmen für den Umweltschutz ausgegeben werden. Herr Kollege Flierl hat schon richtig gesagt, dass die EEG-Umlage zweckgebunden ist. Der Wegfall der EEG-Umlage kostet uns heuer 26 Milliarden Euro, die wir aus anderen Mitteln finanzieren müssen. Die Einnahmen aus der nationalen CO₂-Abgabe betragen im letzten Jahr 7,2 Milliarden Euro. Sie müssen schon einmal erklären, wo denn da übrige Mittel bleiben. Von daher verfolgt Ihr Dringlichkeitsantrag einen völlig falschen Ansatz.

Lassen Sie mich noch zu den zwei Begründungen im Text kurz etwas sagen: Wir sehen bei Ihnen immer wieder, dass Sie Zahlen verdrehen. Bei der CO₂-Abgabe betrachten Sie nur die Kosten, in keiner Weise aber die Zwecke, wofür wir das Geld reinvestieren. Sie schauen immer nur auf die eine Seite. Die Studie der KfW Research haben Sie komplett falsch zitiert. In dieser Studie geht es nämlich um einen ganzheitlichen Ansatz. Sie sehen immer nur die Kosten. Die Studie von KfW Research nimmt aber auch die Einsparungen durch die Maßnahmen in den Blick. Am Schluss haben wir eine Inflationsrate, die, bezogen auf fünf Jahre, gerade einmal 0,15 Prozentpunkte ausmacht.

Ihre Darstellung ist also komplett falsch. Ja, die Transformation kostet etwas. Aber der Klimaschutz und die Loslösung von Abhängigkeiten sind genau der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig.
– Der nächste Redner ist Herr Kollege Hans Friedl für die FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der AfD, mit dem wir uns heute beschäftigen, ist reiner Populismus, wie wir das von dieser politischen Gruppierung gewöhnt sind. Sie wollen die CO₂-Abgabe während der Wirtschaftskrise aussetzen. Was tut man nicht alles für 10.000 Likes bei Facebook?

Die Überschrift dieses Dringlichkeitsantrags ist schlichtweg eine Mogelpackung; denn im Antrag wurde formuliert, solange nicht sichergestellt sei, dass die aus der CO₂-Abgabe eingenommenen Mittel nicht in den Umweltschutz reinvestiert werden, sollte diese Abgabe nicht erhoben werden. – Das sind zwei völlig entgegengesetzte Aussagen.

Bleiben wir einmal bei der CO₂-Abgabe: Wir FREIEN WÄHLER halten diese Abgabe für ein geeignetes ordnungspolitisches Instrument, um den Klimaschutz voranzutreiben. Deshalb brauchen wir die CO₂-Abgabe nicht; denn nach Ansicht der AfD gibt es ja gar keinen Klimawandel.

Die Überlegung, die CO₂-Abgabe wegen hoher Energiepreise auszusetzen, ist charmant und könnte Unterstützung finden. Die FREIEN WÄHLER haben in dieselbe Richtung gedacht. Nun kommt das Aber: Eine solche Aussetzung kann doch nur ein kleines Puzzleteil sein und muss sich in ein Gesamtbild zum Thema "Bezahlbare Energie" einpassen. Deshalb hat die Koalition in Bayern Anträge auf den Weg gebracht, damit sich ein stimmiges Konzept ergibt: Weg mit den Nachtspeicherheizungen; weg mit den Kohleheizungen. Wir brauchen moderne, umweltverträgliche Heizungen und die entsprechenden Förderungen dazu.

Die FREIEN WÄHLER haben die Staatsregierung im Februar aufgefordert, sich im Bund dafür auszusprechen, dass sich der Bund in Europa für Energie- und Preissicherheit einsetzt. Sie sehen also: Sich eine Komponente herauszufischen, ist nicht der große Wurf. Es heißt: Ein gutes Pferd springt knapp. – Bei diesem Sprung ist die AfD nicht weit genug gekommen. Noch drastischer formuliert: Dieser Dringlichkeitsantrag ist einfach überflüssig, weil wir uns auf verschiedenen Ebenen, nicht nur über ein Thema, der Sache "Bezahlbare Energie für unsere Bürgerinnen und Bürger" angenommen haben. Deshalb werden wir diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Friedl. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Schon die Überschrift des Dringlichkeitsantrags der AfD ist falsch. Wir haben in Deutschland keine Wirtschaftskrise, und wir lassen uns auch keine herbeireden.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD – Ralf Stadler (AfD): Das ist der Gipfel!)

Mir ist bewusst, dass die AfD sagt: Je mehr Krisen, desto mehr Stimmen können wir einfangen. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen mit großem Einsatz und großer Sachkenntnis daran arbeiten, dass aus den Herausforderungen des Ukraine-Krieges eben keine Wirtschaftskrise entsteht. Darum bemühen sich alle miteinander. Das Letzte, was wir für diese Entlastungspakete und Unterstützungsmaßnahmen brauchen, sind müßige Anträge der AfD. Wir lehnen ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Christoph Skutella das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER tragen wenigstens zur Unterhaltung in diesem Hohen Haus bei. Das schätze ich sehr. Dies kann man von dem Dringlichkeitsantrag der AfD wirklich nicht behaupten. Ernst gemeint kann dieser Antrag auch nicht sein; denn wir brauchen die CO₂-Bepreisung, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Wir wissen, dass wir die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe auch im Klima- und Transformationsfonds wiederfinden. Daraus entwickeln sich neue Projekte. Bei dieser Linie bleiben wir. Wir sind bereits gespannt, was die Bundesregierung noch in diesem Jahr beim Klimageld entwickeln wird. Auch wir haben darauf gedrängt, dass es eine Klimadividende

geben wird. Das ist der richtige Weg zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Roland Weigert das Wort.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die Vorredner haben beinahe erschöpfend dargelegt, wie man auf diesen Dringlichkeitsantrag zu antworten hat. Unzweifelhaft ist, dass die Energiepreise ein echtes Problem für die Wirtschaft und die Bürger in diesem Land sind. Liebe Annette Karl, herzlichen Dank für das Lob an die Bayerische Staatsregierung, mit dem Sie uns in dieser Frage unterstützen. Das tut auch die Bundesregierung und, wie Sie richtig gesagt haben, das tun auch die Landesregierungen.

Die AfD hebt isoliert und punktuell auf einen Ansatz ab, nämlich auf die exklusive Entlastung beim Verbrauch von klimaschädlichen und fossilen Energieträgern. Das ist nicht mehr und nicht weniger als Stückwerk.

(Ulrich Singer (AfD): Das ist ein Mosaikstein, Herr Kollege!)

Das ist auch Augenwischerei. Lieber Herr Kollege Skutella, vielen Dank für Ihren Hinweis auf die Effizienz von Bepreisungen im Markt. Herr Kollege Stadler, das zeigt, dass Sie keine Ahnung von der Einsteuerung effizienter Marktprozesse haben. Sie haben auch keine Ahnung von der Signalwirkung von Preisen. Deshalb ist dieser Dringlichkeitsantrag ein Armutszeugnis.

Herr Kollege Stadler, ich muss Ihnen, unabhängig von der fachlichen Debatte, eines sagen: Sie scheinen nicht verstanden zu haben, dass das Geschäftsmodell dieses Freistaats vom Freihandel abhängt. Es bringt wenig, die Chinesen oder die Inder in einen bestimmten Kontext zu stellen. Sie stellen den islamischen Glauben – immerhin

eine der drei Hochreligionen mit dem Judentum und dem Christentum – in einen gewissen Kontext. Das macht uns, die wir uns auf internationalen Märkten bewegen, das Leben nicht einfacher.

Ich sage Ihnen aus voller Überzeugung: Sie führen immer die Argumentation "Unsere Bürger und die anderen". Das zieht sich bei Ihnen als rote Linie durch. Meine Damen und Herren, hier sieht man den Unterschied zwischen Nationalismus und Patriotismus. Nationalismus ist nach meinem Dafürhalten das Überhöhen des Eigenen zulasten der anderen. Patriotismus, Kollege Stadler, ist die Liebe zur Heimat mit den anderen, und das eben nicht in verächtlicher Art und Weise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es nicht gut, wenn Sie andere Länder, andere Wirtschaftspartner der bayerischen Volkswirtschaft mit Ihren Aussagen in einen gewissen Kontext setzen. Ich sage Ihnen und Ihnen allen, liebe Kollegen, dass der Antrag der AfD aus fachlichen und auch aufgrund der letztgenannten Gründe abzulehnen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Weigert. – Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD auf Drucksache 18/22568 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind im Moment nicht anwesend. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Staatsregierung muss Verantwortung übernehmen und Kommunen bei der Organisation der Aufnahme und der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen und entlasten!", Drucksache

che 18/22566, bekannt: Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 98.
Stimmenthaltungen: 16. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)